

## Hermann Schwengel

### Soziale Frage - Demokratische Frage - Kulturelle Frage.

### Die drei politischen Welten der Marktwirtschaft

*Zusammenfassung: Marktwirtschaften bilden eine relativ autonome politische Welt, die nicht allein aus der Spannung von Kapitalismus und Demokratie erklärt werden kann. Drei politische Welten der Marktwirtschaft lassen sich idealtypisch unterscheiden, die um die jeweils zentrale soziale, demokratische und kulturelle Frage aufgebaut sind. Zwischen diesen Welten ist die Art der politisch-ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Regimes verschieden, die zentralen Akteure wandeln sich und auch der Modus politischer Repräsentation und methodischer Lebensführung ist nicht derselbe. Historisch leben wir im Zeitalter der zweiten Welt der Marktwirtschaft, der demokratischen Frage, aber die Backformen der zukünftigen Konflikte bilden sich nach den Maßstäben der kulturellen Frage aus.*

Wie alle Dreiecksverhältnisse ist auch das von Kapitalismus, Markt und Demokratie ebenso spannend wie anfällig. Ich möchte im folgenden zunächst die direkte Konfrontation von »Kapitalismus« und »Demokratie«, ob also Demokratie kapitalistische Produktionsverhältnisse erfordere oder ausschließe bzw. ob kapitalistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse demokratische Institutionen erfordern oder verunmöglichen, ausklammern. Stattdessen will ich drei politische Welten unterscheiden, in denen Marktwirtschaften als gegliedertes Gefüge unterschiedlicher Märkte agieren und interagieren. Die drei politischen Welten lassen sich nach ihren Grundfragen auseinanderhalten, der sozialen, der demokratischen und der kulturellen Frage. Es sind Idealtypen, die zwar eine gewisse historische Folge ausdrücken, sich aber in der Wirklichkeit überschneiden und wechselseitig formen. Als politische Welten gehen sie von der - notwendigen - Fiktion aus, daß moderne, demokratisch-kapitalistische Gesellschaften zur Selbstbeobachtung »ideale Spiegel« benötigen, die unter Konflikt- und Konkurrenzdruck immer wieder erzeugt werden müssen. Die notwendige Fiktion gilt auch und vor allem dann, wenn die Ökonomie der Machtverhältnisse (vgl. Foucault 1987, S. 244 ff.) nicht mehr von einem Zentrum oder von einer Spitze her gedacht werden kann.

#### I.

Im Augenblick scheinen alle recht zu bekommen, die es schon immer gewußt haben. Robert Heilbroner, Ökonom an der berühmten New Yorker New School for Social Research, beglaubigt den Sieg der Vertreter der absoluten Marktwirtschaft: »Je weiter rechts sie standen, um so zutreffender waren ihre Voraussagen.« Heil-

bronner erreiche damit, so ein milder Rezensent (von Uthmann 1991) die alte Erkenntnis Romains: »Die Tatsachen stehen rechts.« Da mag der Geist ruhig links bleiben. Die Kehre Heilbronners ist intellektuell nicht unredlich, aber sie beruht auf der nicht genannten Voraussetzung, daß sich schon immer die radikal-liberalen und radikal-marxistischen Positionen in der Engführung von Kapitalismus und Demokratie einig waren. Von Hayeks Kritik der »Refeudalisierung der Gesellschaft« (Böhm) ist, bei völlig unterschiedlichen Voraussetzungen, Folgen und normativen Kriterien natürlich, Agnolis Kritik der Transformation der Demokratie nicht unähnlich, wie auch in Agnolis Bewertung »20 Jahre danach« deutlich wird (Agnoli 1986). Der alte Gegenspieler dieses radikalen Doppels war und ist natürlich der sozialliberale Konsensus (besser als sozialdemokratischer Konsens), daß sich keynesianische Botschaft und Freiburger Imperativ in einer ordnungspolitisch idealen Mitte treffen, wo letzten Endes nicht mehr Ideologie und Prinzipien, sondern Kompetenz und Performanz entscheiden. Lassen sich im symbolischen Radikalismus der einen Kapitalismus und Demokratie aufeinander reduzieren, so treffen sich beide im moralischen Pragmatismus der anderen auf halber Strecke. Im Verlaufe der 80er Jahre haben beide ihre Grenzen erfahren müssen, die einen mit dem Ende des sozialliberalen Konsensus zu Beginn und die anderen mit der Entzauberung des Thatcherismus am Ende. Ein Perspektivwechsel bietet sich an, der bestimmte klassische Debatten zurückstellt, um sie auf angemessenem Niveau erneut vorbringen zu können: die Überlegenheit von Märkten auf dem Gebiet mikroökonomischer Feinsteuerung gegen ihre relative Schwäche bei prekären gesellschaftlichen Richtungsentscheidungen, wechselseitige Vor- und Nachteile einer marktförmigen ex post-Entscheidungsstruktur gegenüber einem politischen ex ante-Dezisionismus, die Produktivitätsorientierung marktwirtschaftlichen Denkens gegenüber der Verteilungsorientierung sozialpolitischer Grundsätze. Gegenüber Kapitalismus und Demokratie bildet Marktwirtschaft nicht nur ein abgeleitetes Feld, sondern sie formt die »Gesetzmäßigkeiten« des Kapitalismus und die »Prinzipien« der Demokratie in demselben Maße, wie sie von jenen bestimmt wird. Marktwirtschaft bedeutet somit eine eigene politische Welt, in der die neuzeitlich-modernen politischen Prinzipien von Gemeinwohl, Gewaltenteilung und Volkssouveränität auf eigene Rechnung realisiert werden - oder nicht -, jedenfalls nicht allein aus dem Konflikt oder der Koinzidenz von Kapitalismus und Demokratie erklärt werden können. Diese relative Autonomie gilt übrigens nicht nur für die Marktwirtschaft, sondern auch für die Selbstorganisation in den Bereichen des politisch-administrativen Systems und des institutionalisierten, säkularisierten Pluralismus der Kultur, kurz: überall dort, wo sich in der Dynamik des Modernisierungsprozesses relativ autonome Systembildung vollzogen hat. Diese eine relativ autonome politische Welt konstituierende Marktwirtschaft realisiert sich im Kraftfeld von vier grundlegenden Formen der Selbstbestimmung, die auch in vier neueren Diskussionsansätzen präsent sind. Die erste dieser Formen hat Esping-Andersen als wohlfahrtsstaatliche Regimes charakterisiert (Esping-Andersen 1990), der, möchte man ergänzen, andere politisch-ökonomische vor-

hergegangen sind und möglicherweise kulturgesellschaftliche folgen werden (vgl. den folgenden Abschnitt). Die zweite Form meint das institutionalisierte Interaktionsverhältnis strategiefähiger zentraler Akteure, wie es Fritz W. Scharpf in seiner Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Krisenpolitik in Europa entwickelt hat (Scharpf 1987), der weniger entwickelte industrielle Beziehungen vorausgegangen sind und neuartige folgen mögen. »Regimes« und »Interaktion strategischer Akteure« mag man als politische Selbststeuerung verstehen, während die dritte und vierte Form der Selbstbestimmung eher als gesellschaftliche Selbstorganisation zu interpretieren wäre. Da ist, drittens also, die politische Selbstrepräsentation historisch veränderlicher gesellschaftlicher Machtquellen, wie sie Rödel, Frankenberg und Dubiel in den Errungenschaften militanter Toleranz, öffentlicher Freiheit und ziviler Solidarität diskutieren (Rödel u.a. 1989), die aber ebenfalls ihre Vor- und Nachgeschichte haben. Schließlich und endlich konstituiert sich die politische Welt der Marktwirtschaft auch im Kraftfeld der geltenden methodischen Lebensführung (Max Weber), die in den letzten Jahren unter dem Stichwort »Lebensstil« (Zapf 1983 und Schwengel 1988) als ein Stück Selbstregierung von gesteuerter Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie und Wohlstandsgesellschaft wieder ins Spiel gebracht worden ist. In diesem Feld von Regimes, strategischen Akteuren, Repräsentationen und Lebensstilen bildet, erhält und entwickelt sich Marktwirtschaft als politische Welt und weniger im historisch gewordenen Spannungsfeld von Kapitalismus und Demokratie.

Marktwirtschaften bewegen sich in den Geleisen wohlfahrtsstaatlicher Regimes, die das Wachstum von privaten und öffentlichen Dienstleistungen unterschiedlich begünstigen, das Verhältnis von Unterhaltungsindustrien und sozialen Versorgungseinrichtungen unterschiedlich gestalten, in verschiedenem Ausmaß Frauen Aufstiegspositionen und Beschäftigung erlauben, den Arbeitsmarkt unterschiedlich aktiv gestalten und der Ausbildung von »junk jobs« Schranken setzen oder nicht. Moderne Marktwirtschaften bewegen sich darüber hinaus in den Geleisen, wie sie durch die institutionalisierten Konflikte und Kompromisse strategischer Akteure definiert werden. Die Marktwirtschaft der 80er Jahre war eine andere als die der 70er Jahre, weil die klassische Wachstumskoalition von Gewerkschaftsmacht, staatlich-keynesianischer Wirtschaftspolitik und auf fordistische Massenproduktion konzentriertem Unternehmertum nicht mehr lebensfähig war und andere Akteure, von den internationalen Finanz- und Dienstleistungsmärkten bis hin zu den Nischen post-fordistischer Produktion ihren Platz einnahmen. Zu unterscheiden ist auch eine Marktwirtschaft, die ein begrenztes Mehrprodukt verwaltet und die Konkurrenz um Investition und Konsum in einer Klasse konzentriert, von einer, in der die Verwirklichung öffentlicher Freiheit und ziviler Solidarität für breite Schichten bereits lange vor Sichtweite des sozialen Netzes erreicht wird. Eine Marktwirtschaft schließlich, die im Rahmen eines liberalen Konsumpopulismus agiert, ist eine andere als jene, für die der Rahmen der methodischen Lebensführung noch durch Werte eines aristokratischen Bürgertums und einer von der Moral des Landes geprägten Arbeiterklasse gesetzt wird. Die relative Auto-

nomie der politischen Welt der Marktwirtschaft bildet sich offenbar in einem konfliktreichen Prozeß erst heraus, der erst nach langer Zeit die Spannung von Kapitalismus und Demokratie zur historischen werden läßt. In ihrem bemerkenswerten Essay haben Rödel, Frankenberg und Dubiel den richtungweisenden Themenwechsel von der »sozialen Frage« des 19. Jahrhunderts zur »demokratischen Frage« des 20. Jahrhunderts beschrieben. Unsere vier Ansätze zur Charakterisierung der relativen Autonomie der politischen Welt der Marktwirtschaft beziehen sich ganz offensichtlich bereits auf die Geltung der demokratischen Frage. Die strategischen Akteure, die sich mit der sozialen Frage herumzuschlagen hatten, sind offenbar bereits pazifiziert oder in ein institutionelles Verhandlungssystem eingebunden, die wohlfahrtsstaatlichen Regimes setzen gewisse politisch-ökonomische Befriedigungen bereits voraus, die Selbstorganisation durch Lebensstile beruht expressis verbis auf fortgeschrittener Modernisierung und die politische Repräsentation gesellschaftlicher Spielräume und Entwicklungschancen wäre im Zeitalter der sozialen Frage luxuriös gewesen. Aber nicht nur die Vor-, sondern auch die Nachgeschichte der politischen Welt der Marktwirtschaft, so knapp sie bisher bezeichnet worden ist, erscheint unklar, als ob die demokratische Frage das Ende der Geschichte meinte. Wer die Inhalte der wohlfahrtsstaatlichen Regimes, die Vervielfältigung der strategischen Akteure, die politische Repräsentation scheinbar privater sozialer Sachverhalte (»das Private wird politisch«) und das Aufbrechen der Widersprüche von Authentizität und Konformismus in der demokratischen methodischen Lebensführung verfolgt, wird die Reihe von der sozialen zur demokratischen Frage um das Glied »kulturelle Frage« verlängern. Sprechen wir also von drei politischen Welten der Marktwirtschaft, drei rahmensetzenden Fragestellungen, die jeweils ihr Ensemble von Regime, Steuerung, Repräsentation und methodischer Lebensführung einschließen.

Wir haben nun den Bausatz zusammen, um drei politische Welten der Marktwirtschaft, die sich historisch und logisch folgen, aber auch überschneiden und miteinander koexistieren, idealtypisch zu beschreiben. Es ist nicht so, daß wir zuerst wissen, was Kapitalismus und Demokratie sind und dann die Resultate der Marktwirtschaft daran messen, auf welche Seite sie sich geschlagen hat. Vielmehr bedeutet die relative Autonomie der drei marktwirtschaftlichen politischen Welten auch, daß unser Verständnis von Kapitalismus und Demokratie nicht mehr dasselbe ist wie zuvor. In jedem Falle bewahrt die Unterscheidung von drei Welten der Marktwirtschaft uns vor der Versuchung, der Liberale gern erliegen, nämlich die Schwierigkeiten der einen Marktwirtschaft dadurch zu umgehen, daß man sich eine umfassende Marktgesellschaft zusammendenkt.

## II.

Die erste politische Welt der Marktwirtschaft läßt sich als Antwort auf die soziale Frage verstehen. Die »soziale Frage« entsteht, wie bekannt, unter drei Bedingungen, nämlich daß die kapitalistisch-industrielle Produktionsweise in die alte Ord-

nung einbricht und das Gefüge von Geltung, Versorgung und Zugehörigkeit zerbricht, daß zweitens die alten ausgleichenden Institutionen von Fürsorge und Gehorsam, Macht und Autorität nicht mehr wirksam sind, und drittens die modernen politischen Prinzipien von individueller Verantwortlichkeit, ziviler Solidarität und sozialer Gewaltenteilung noch nicht galten. Um es vorwegzunehmen, Marktwirtschaft ist in ihrer ersten Welt in der Tat nur die Oberfläche eines antagonistischen, ungleichgewichtigen und ungleichzeitigen historischen Prozesses, wie es der späte Marx gesehen hat. Die »Signale« von Preisen und Profiten, von Kapital und Arbeitsmärkten, von Geld und Knappheiten können sich nur bedingt wechselseitig »verstehen«, weil die Informationen, die zu Signalen werden könnten, nicht groß genug sind, nicht zusammenhängen und von den sozialen Widersprüchen permanent gebrochen werden. Aus heutiger Sicht bietet es sich an, diese systematisch verzerrte Transformation von Produktions- und Lebensweisen in Märkte und Preise nicht mehr hegelianisch als Verkehrung, nicht mehr positivistisch als Ableitung und nicht mehr hermeneutisch als Übersetzung zu verstehen. Vielmehr liegt es näher, ex post auch die erste Welt der Marktwirtschaft im Kraftfeld von Regimes, strategischen Akteuren, symbolischen Repräsentationen der gesellschaftlichen Differenzierung und angemessener methodischer Lebensführung zu interpretieren. Nicht von wohlfahrtsstaatlichen Regimes kann hier gesprochen werden, sondern von politisch-ökonomischen Regimes, die in der Konkurrenz von Nationalstaaten operieren. Die einzelnen nationalen politisch-ökonomischen Regimes finden ihre jeweilige Form des »organisierten Kapitalismus« in nationalen Gesellschaften, weshalb es Sinn macht, noch in Theorien des desorganisierten Kapitalismus von nationalgesellschaftlichen Entwicklungspfaden auszugehen (Lash und Urry 1987). In dieser Charakterisierung gehören der sogenannte liberale und der organisierte Kapitalismus in eine Periode. Strategische Akteure in diesen Regimes sind das sich formierende Unternehmensmanagement, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und moderne Fachverwaltungen, die sich nicht zuletzt auf modernisierte militärische Prinzipien stützen. Darüber hinaus stützen sich andere strategische Akteure zwar auf nationalstaatliche Institutionen, tragen aber zur Formierung eines politisch-ökonomischen Regimes nur bedingt bei, wie bestimmte Teile des Militärs, der Beamtenschaft und der staatstragenden kulturellen Eliten. Die symbolische Repräsentation der gesellschaftlichen Differenzierung erfolgt keineswegs in einer den Markt begünstigenden Form, sondern verdichtet sich als Staat oder Nation. Auch im günstigeren Falle, wo es nicht zu einem Gegensatz von bürgerlicher Gesellschaft und Staat kommt, wie vorwiegend in Deutschland, sondern lediglich zu einer Spannung zwischen civil society und party government wie in England, hat die symbolische Repräsentation der Gesellschaft keine natürliche Nähe zum Markt. Die angemessene methodische Lebensführung in dieser ersten marktwirtschaftlichen Welt der sozialen Frage schließlich, die Anpassung an Differenzierung und Mobilität erlaubt und zugleich eine identitätssichernde Haltung ermöglicht, diese Lebensführung ist idealtypisch ebensowenig als die eines Marktsubjekts zu charakterisieren. Methodische Le-

bensführung bewegt sich auf einem Kontinuum zwischen dem kollektiven Pol des Klassenbewußtseins und dem bürgerlich-individuellen der Aufrichtigkeit (Trilling 1980). Aufrichtigkeit meint ein ernsthaftes und unbestechliches Prüfungsverhältnis gegenüber sich und der Gesellschaft, inwieweit beide den selbst gesetzten Kriterien genügen und die moralische Aufforderung, Abweichungen nicht hinzunehmen, kurz: sie bedingt Selbstkontrolle und Revolution. Die Haltung der Aufrichtigkeit schließt Mißtrauen gegenüber dem Auf- oder Abstieg zwischen den Klassen ein, was Aufrichtigkeit mit seinem Gegenpol, dem Klassenbewußtsein, verbindet. In gewisser Hinsicht setzt Aufrichtigkeit in dieser idealtypischen Welt Klassenbewußtsein voraus wie Klassenbewußtsein Aufrichtigkeit. In beiden Fällen jedenfalls ist Marktverhalten eine sekundäre Tugend, ja sie muß von einem bestimmten Maß an als verdächtig betrachtet werden. Alle vier Kraftfelder erlauben die Entwicklung von Marktwirtschaft, setzen aber ihrer vollen Entfaltung und der Durchdringung aller Lebensverhältnisse sehr enge Grenzen. Die Entstehung einer zweiten politischen Welt der Marktwirtschaft muß also mit einer Ausweitung des Raumes für Marktverfahren verbunden sein, Modernisierung und Erweiterung des Raums für Märkte gehen hier - noch - Hand in Hand, gegen elitistisch-konservative und normativ-sozialrevolutionäre Kritik, »einfache Modernisierung« in der Unterscheidung Ulrich Becks.

Über der zweiten politischen Welt der Marktwirtschaft steht die demokratische Frage. Rödel, Frankenburg und Dubiel interessiert vor allem die Erweiterung der Legitimitätsspielräume, die Verflüssigung des Gegensatzes von demokratischem Institutionalismus und öffentliche Freiheit einklagendem Anti-Institutionalismus, die Akzeptanz und Nutzung der »leeren Stelle der Macht«, im Rückgriff auf Castoriadis und Lefort, um möglichst vielen und verschiedenen Partizipanten die Beteiligung an der permanenten Gründung des Gemeinwesens, hier im Rückgriff auf Hannah Arendt, zu ermöglichen. Noch die Sozialpolitik wird nicht als Versicherung, Ausgleich oder Entschädigung interpretiert, sondern als Ermöglichung an der Teilnahme an dieser permanenten Gründung des Gemeinwesens. Die ironische Pointe des Vordringens der demokratischen Frage ist aber, daß sie unweigerlich zugleich auch die Ausdehnung von Marktverhältnissen begünstigt. Indem nämlich die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft schwindet und keine dem Staat vergleichbare politische Macht auftritt, gewinnt das Verfahren, das Gesellschaft sans phrase am klarsten ausdrückt, an Gewicht, begrenzt nur durch die unverzichtbare juristische Sphäre. Nicht weil Demokratie und Markt eine natürliche Nähe aufwiesen, sondern weil das Vordringen der demokratischen Frage die Konkurrenten des Marktes, wie den Staat, neutralisiert, dringen Marktverhältnisse vor. Auch die idealtypische Verschiebung der methodischen Lebensführung von Aufrichtigkeit und Klassenbewußtsein zu Authentizität und Massenkultur trägt zur Begünstigung der Marktwirtschaft bei. Von Pierre Bourdieu wissen wir, wie aus der Behauptung der Authentizität einer Gruppe, eines Verhaltens und eines Lebensstils Unterscheidungsgewinn ausgeht, eine »kommerzielle Kultur des Wählens«, die ältere Statusordnungen verdrängt. Authentizität ist nicht gegen Massen-

kultur gerichtet, im Gegenteil, der Konflikt um die Definition von Authentizität entwickelt erst Massenkultur jenseits des Reichs der Notwendigkeit. Seit Fred Hirsch wissen wir, daß vor dem Erreichen der sozialen Grenzen des Wachstums die Zunahme der positionalen Güter, die allein von ihrem Unterscheidungs- und Hierarchiewert leben, zunächst einmal den Markt anheizt und die Ausdehnung des Marktes vorantreibt. Lionel Trilling erinnert an den alten Sinn von Authentizität als Herausreißen aus älteren sozialen Dichten, ohne Ersatz als des auf sich gestellten Selbst. Wo jedenfalls die Dialektik von Authentizität und Massenkultur traditionelle Konkurrenten des Marktes schwächt, wie Haushalt, Kommune, Nachbarschaft und Verwandtschaft, gewinnt die Dynamik der Marktwirtschaft Raum. Auch die Ersetzung der nationalen, politisch-ökonomischen Regimes durch wohlfahrtsstaatliche Regimes mag zwar den kapitalistischen Charakter dieser Regimes eindämmen, die Marktwirtschaft begünstigt sie aber allemal. Selbst das wohlfahrtsstaatlichste aller wohlfahrtsstaatlichen Regimes, das schwedische, beruht auf einer höchst spezialistischen und erfolgreichen Weltmarktstrategie, während im Inneren wohlfahrtsstaatliche Nachfrage und Sicherung stabiler Wachstumszonen ebenso wirken. In dieser zweiten Welt der Marktwirtschaft tritt die Konkurrenz der Nationalstaaten gegenüber einer Mehrfachkonkurrenz von Regionen, Nationen und globalen Räumen zurück, was dem Prinzip der Marktwirtschaft aber nur weiteren Raum zubilligt. Alles in allem bestätigt diese zweite Welt der Marktwirtschaft am ehesten noch die radikale These von der Nähe von Demokratie und Kapitalismus, wenn sie die einzige und letzte Welt der Marktwirtschaft wäre. Selbst die demokratische Pluralisierung und Professionalisierung der strategischen Akteure hat zum strukturellen Wachstum der Marktwirtschaft beigetragen. Die Herausbildung eines strategischen Interaktionsverhältnisses von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und global lenkendem Staat bis Ende der 70er Jahre hat erst die Bedingungen dafür geschaffen, daß sich von unten marktwirtschaftlich-innovative Unternehmen und Selbständigkeitshaltungen ausdifferenzieren konnten, daß von oben im Gefolge steigenden Welthandels tatsächlich internationale Geld- und Kapitalmärkte entstehen konnten - die sich beide, Kapitalmärkte wie »libertäres Unternehmertum«, im Laufe der 70er Jahre schließlich gegen den als geschlossen denunzierten Korporatismus wandten. Harold Perkin hat in der Erklärung des britischen Neokonservatismus dem die interessante These hinzugefügt, daß die im Kontext des britischen liberalen wohlfahrtsstaatlichen Regimes aufgestiegenen professionellen Klassen, von der Vielzahl freier Berufe und mittleren Managements bis hin zu den gewachsenen Fachpositionen der Verwaltung, sich gegen ihre »Erzeugungsbedingungen« wandten und sich die Fortsetzung des liberalen Projektes eher von einem post-wohlfahrtsstaatlichen Regime erhofften (Perkin 1989). Das reif gewordene liberale Projekt könnte jetzt seine überkommenen wohlfahrtsstaatlichen Eierschalen abwerfen und »zu sich selbst« finden, nicht mehr als roher frühliberaler Kapitalismus, sondern eben als kultivierte Marktwirtschaft. Aber genau in der kulturellen Frage liegt der Übergang zu einer dritten politischen Welt der Marktwirtschaft, in der das exponentielle

Wachstum marktwirtschaftlicher gesellschaftlicher Verfahren - gewachsen mehr durch das Wegfallen hindernder älterer Bedingungen und Konkurrenzen als durch Überzeugungen, Konstitutionen oder Revolutionen - an Grenzen stößt. Es wird sich zeigen, daß es genau die Prozesse, die den Aufstieg der Marktwirtschaft als weltgesellschaftliches Universum forciert haben, in dieser sich abzeichnenden dritten Welt zu hemmenden Faktoren werden. Dieser Doppelprozess, daß sich scheinbar die reife Marktwirtschaft in den Metropolen von ihrem wohlfahrtsstaatlichen Gehäuse befreien kann und zugleich die kulturellen Schranken der allgemeinen Marktwirtschaft deutlich werden, begleitet von heftiger Modernitäts- und Zivilisationskritik von rechts und links, hat die 80er Jahre zu einem so irritierenden Phänomen werden lassen. Dazu kamen dann noch am Ende die europäischen Revolutionen, deren Auswirkungen man keineswegs auf die eines »Bremsers wider Willen« gegenüber der Logik der politischen Welten der Marktwirtschaft reduzieren kann, ich komme darauf zurück. In der Unterscheidung Ulrich Becks (Beck 1990) wäre dieser Übergang von der zweiten zur dritten politischen Welt der Marktwirtschaft ein Stück »reflexiver Modernisierung«.

Über der dritten Welt der Marktwirtschaft steht die kulturelle Frage. Sie zeichnet sich in den wohlfahrtsstaatlichen Regimes, dem Interaktionsverhältnis strategischer Akteure, der offenen Repräsentation gesellschaftlicher Machtquellen und der methodischen Lebensführung der zweiten Welt bereits ab. Insoweit können wir auf wichtige Einsichten der bereits eingeführten neueren gesellschaftstheoretischen Ansätze zurückgreifen. Esping-Andersen hatte drei wohlfahrtsstaatliche Regimes unterschieden, die mit dem Druck auf post-industrielles Wachstum unterschiedlich umgehen. Das schwedische Modell verknüpft einen stark wachsenden öffentlichen Sektor sozialer Dienstleistungen mit hoher Frauenerwerbstätigkeit, mit dem Risiko eines Dualismus von männlich-industriellem privatem Sektor und weiblich-öffentlich sozialem Sektor. Ebenso ist die steuerliche Finanzierung der Absicherung von allgemeiner Frauenerwerbstätigkeit, die Begünstigung von Mobilität und Flexibilität mit der Notwendigkeit der Beschäftigungssuche beider Partner einer Familie verbunden, um höhere Lebensstandards zu erreichen. Das Wachstum privater persönlicher Dienstleistungen ist demgegenüber vergleichsweise gering. Das ist anders im zweiten, dem liberalen Modell in den Vereinigten Staaten vor allem und Großbritannien. Das amerikanische Modell birgt die bekannten beiden Risiken, die Aufteilung des Wachstums an Dienstleistungen zwischen business-nahen und »fun-Dienstleistungen« und den Dualismus zwischen schlecht bezahlten, unterqualifizierten und unsicheren »junk jobs« und entgegengesetzt ausgestatteten »managerial jobs«. Dazu gehört aber auch, daß die egalitären Kräfte stärker sind als vermutet, vor allem in der Zunahme qualifizierter Frauenerwerbstätigkeit und Aufstiegschancen, merklich weniger aber bei den Minoritäten, obwohl hier die sozialen Grundtatsachen unverändert sind. Die Bilanz wird auch modifiziert durch das starke Wachstum privat organisierter sozialer Dienstleistungen, im Gesundheitssektor z.B., was erneut belegt, daß viele sozialstaatliche Leistungen sozusagen im privaten Sektor versteckt sind. Das deutsche Modell

schließlich, daß Esping-Andersen konservativ nennt, beruht auf hoch modernisiertem industriellen Wachstum wie der Inanspruchnahme, Schonung und Beschwörung subsidiärer familialer und anderer Vorleistung, der Begrenzung postindustriellen Beschäftigungswachstums in den persönlichen-privaten Dienstleistungen, auf starker Betonung der langjährigen Arbeitsbiographie für wohlfahrtsstaatliche Ansprüche wie vergleichsweise hoher langjähriger Arbeitslosigkeit. Die zwei wichtigsten Pointen dieser drei Regimes in unserem Kontext beziehen sich nicht auf das gewiß ausführlicher zu diskutierende wirtschaftspolitische Alternativenspektrum, sondern auf die Tatsache, daß diese wohlfahrtsstaatlichen Regimes alle zugleich auch kulturgesellschaftliche Regimes sind und, zweitens, nicht mehr nationalstaatlich und weltgesellschaftlich, sondern in wirtschaftskulturellen Großräumen realisiert werden. In ideologischen Konstruktionen und Ideenwelten wie »Kulturgesellschaft« in der Bundesrepublik und »enterprise culture« in Großbritannien wird diesen Tatsachen bereits Rechnung getragen (vgl. Keat und Abercrombie 1990). Daß die Ausdehnung von Marktmechanismen die offenbaren Widersprüche dieser kulturgesellschaftlichen Regimes aufheben könnte, scheint noch am besten im angelsächsischen liberalen Modell denkbar, übersetzt in eine »enterprise culture«, aber selbst dort nicht ohne Mithilfe einer - zweifellos modernisierten - Politik. Es ist klar, daß im Kontext des deutschen konservativen Modells, das in eine »Kulturgesellschaft« übersetzt werden soll, die subsidiär in Anspruch genommene, gleichwohl aber prekäre Stabilität von Familie und Gemeinschaftsnetzen zum Ausgangspunkt genommen wird, die sich aber seinerseits sozialstaatlicher Regulierung entzieht. Alles scheint sich auf eine neuartige »public private partnership« zuzubewegen, über deren ordnungspolitischen Rahmen sich aber gerade der Konflikt der kulturgesellschaftlichen Regimes entzündet. Die historische Masse der kulturgesellschaftlichen Regimes ist noch flüssig, angemessen sind nicht die klaren Freund-Feind-Konstellationen der frühen wohlfahrtsstaatlichen Periode, sondern so ambivalente Formeln wie »mehr Politik bei weniger Staat«. In Europa wird sich wahrscheinlich der Konflikt zwischen einer »enterprise culture« und einer kulturalistisch aufgeladenen Symbiose von schwedischem und deutschem Modell abspielen, während auf der globalen Ebene noch andere Alternativen, vor allem natürlich das japanisch-postindustrielle Modell hinzukommen, die beispielgebend für nicht-europäische Modernisierung sein könnten. In der Struktur der wohlfahrtsstaatlichen Regimes hat sich bereits abgezeichnet, wie die Konfliktlinien der kulturgesellschaftlichen Regimes aussehen werden: In der Proportion von sozialen und persönlich-privaten Dienstleistungen, wohinter sich wesentlich der Austausch, Konflikt und Ausgleich der Geschlechter- und Altershemisphären verbirgt, wie tief in der nachindustriellen Technologie Wissenschaft und Technik in Wertekanon und Mentalitäten versenkt werden müssen oder sollten - gegenüber einem japanischen Modernisierungsmodell, das zwar mit intellektuell-raffinierten Imitationsstrategien arbeitet, aber keine emotional tief sitzenden Anpassungsleistungen zugrunde legt, wie Lepenies im Anschluß an Ohashi argumentiert (Lepenies 1991, S. 56) - und wie schließlich die neo-feudali-

stischen Risiken privat-persönlicher Dienstleistungen und der ästhetisch-ethische Konflikt in Medien- und Unterhaltungsdienstleistungen in Angebots- und Nachfragereregulation aufgefangen werden. Die bisher bekannten Umriss der kulturge-sellschaftlichen Regimes legen nicht nahe, daß eine weitere Ausdehnung markt-wirtschaftlicher Verfahren den genannten Problemen gerecht werden könnte. Eine Einschränkung, die aber nichts mehr mit den Begrenzungen der Marktwirtschaft in der ersten, unter der sozialen Frage stehenden Welt der Marktwirtschaft zu tun hat. Vielmehr bieten sich als Lösung eher intermediäre Institutionen an, die in erster Linie weder marktwirtschaftlich noch staatlich strukturiert sein können. Aber die Vermittlungsleistung solcher intermediärer Institutionen liefe leer, wenn man sie nicht unter dem Gesichtspunkt der kulturellen Frage organisierte, sondern lediglich als Vermehrung der moderierenden Unterausschüsse. Die Pointe der intermediären Institutionen sticht auch für die Rolle der strategischen Akteure in dieser dritten Welt der Marktwirtschaft. Fritz Scharpf hat überzeugend gezeigt, wie durch die reale Internationalisierung der Geld- und Kapitalmärkte - die sich die Option einer längerfristigen straflosen Nicht-Investition durch alternative Geldanlagechancen eröffnen und so den »erwartbaren« Zins höherschrauben können als unter den alten wohlfahrtsstaatlichen terms of trade zwischen Staat, Gewerkschaften und Kapital - das alte strategische Interaktionsverhältnis zwischen Gewerkschaften, keynesianischem Staat und fortschrittlichem Kapital zurücktritt. Doch bleibt die Frage, was die Kapitalmärkte mit ihrer neugewonnenen Souveränität eigentlich anfangen können, ob es tatsächlich zu einem neuen strategischen Interaktionsverhältnis von Akteuren kommt oder eher zum spekulativen Autismus reiner Finanzmärkte. Gewiß, Scharpf hat auch gezeigt, wie schwierig etwa die Bildung intermediärer Gewalten zwischen Regionalpolitik und Europäisierung ist. Dennoch darf man vermuten, daß es zur Entwicklung intermediärer Gewalten, die den Universalismus der Geld- und Finanzmärkte mit dem Lokalismus und Konkretismus nachindustrieller Nischenproduktion und Dienstleistungskultur verbinden, letztlich keine Alternative gibt. Auch die drei Formen intermediärer Institutionen, die sich hier abzeichnen, begünstigen keine weitere Ausdehnung der Marktprinzipien über das Niveau der zweiten Welt der Marktwirtschaft hinaus. Mit intermediären Gewalten ist hier natürlich erneut die Kette der föderalen Institutionen von der Gemeindeebene bis zur europäischen gemeint - welche Probleme sind auf welcher Ebene am besten aufgehoben -, dann die intermediären Institutionen wie Städte, Universitäten und privatwirtschaftliche Beratungs- und Entwicklungsgesellschaften, die gemeinsam haben, daß sie technisch-ökonomischen und soziokulturellen Wandel unmittelbar verknüpfen, und schließlich die intermediären Gewalten, wie sie sich in strategischen Lebensstilkoalitionen, die bereits beginnen, die gegenwärtige Konfliktstruktur zu prägen, ausdrücken (Schwengel 1990). Auch die Art und Weise der politischen Repräsentation gesellschaftlicher Machtquellen und die der methodischen Lebensführung deuten eher auf Grenzen der Marktgesellschaft als auf Ausweitung hin. Das Prinzip der Marktwirtschaft war ja dadurch begünstigt worden, in ihrer zweiten politischen

Welt, daß konkurrierende ältere Gewalten wie die Unterscheidung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft langsam verschwanden und marktwirtschaftliche Prinzipien Verbindungen zwischen den verschiedensten Lebenssphären und -systemen herstellen konnten. Je mehr sich aber diese Dynamik auch die Kultur unterwirft - Habermas hat angemerkt, wie sehr Parsons etwa gezögert hat, Kultur mit Systemeigenschaften auszuzeichnen -, je prekärer wird die politische Repräsentation. Der kulturelle Pluralismus soll sich ähnlich »systemisch« steuern wie ökonomisches und politisches System auch: Die unendliche Vielzahl von Interaktionen zwischen Kulturproduzenten und Kulturkonsumenten, zwischen Organisationen und Individuen, zwischen Alltagskultur, Gewohnheiten und ästhetischen Herausforderungen, zwischen Industriekultur und Industrialisierung der Kultur, zwischen Lebensformen und Glaubensbehauptungen, soll schließlich am Ende zu »Signalen« führen, die wiederum zu Investitionen oder unterlassenen Investitionen im kulturellen Wandel führen, der dann wieder auf den Prüfstand der vielfältigen kulturellen Interaktion gehoben wird. Als ein dritter Sektor wäre Kultur systemisch geworden, neben ökonomischen und politisch-administrativen Systemen, ein Gesellschaftsgefüge, das sich zuerst in den Vereinigten Staaten zeigte (Schwengel 1988). Die Arena der politischen Repräsentation, in der kulturelle Widersprüche auf dem Niveau des Politischen gebündelt, bedeutsam gemacht und in ihrer Komplexität durch Konflikt reduziert werden, wird unterdrückt. Sie bricht sich dann Bahn in Auseinandersetzungen fundamentaler Weltanschauungen, die sich mit Waffen, Steinen und Dachlatten verständigen. Die Alternative wäre Befriedung durch Institutionalisierung des Konflikts unterschiedlicher ways of life, mit der Chance, die hegemoniale Kultur tatsächlich bestimmen zu können, um sie unter dem Druck wechselnder gesellschaftlicher Werthaltungen wieder zu verlieren. Auch hier ist nicht zu sehen, wie Märkte diesen institutionalisierten Konflikt unterschiedlicher ways of life, wo es nicht um die persönliche Lebensführung geht, adäquat ausdrücken könnten. Aber auch im Feld der methodischen Lebensführung sind in dieser dritten Welt der Marktwirtschaft Grenzen sichtbar. Lebensführung als Authentizität, in der zweiten Welt der Marktwirtschaft, hatte noch das Marktprinzip begünstigt, mit der konsumistischen Unterscheidungsmaschine als paradoxer Konsequenz. Noch die ersten Verwendungen des Wortbilds Lebensstil in den letzten Jahren haben daran angeknüpft. Mit dem Element »Stil« kommt aber in die methodische Lebensführung, d.h. in die angemessene, legitime und allgemeine Lebensführung einer Gesellschaft, darüber hinaus gerade Distanz, Ironie und Askese - natürlich nicht als historicistische Übung - gegenüber der Authentizität ins Spiel. Gestützt werden diese zwar noch minoritären, aber nicht einflußlosen Haltungen in der Sozialstruktur durch eine langsame Gewichtsverlagerung von den Authentizität begünstigenden Adoleszenz- und Jugendkonflikten zu den Stilkonflikten Erwachsener in der Mitte ihres Berufs- und Privatlebens. Der Konflikt der Lebensstile konstituiert eine Zivilgesellschaft, die darauf beruht, die Webersche Differenzierung der Wertsphären zwischen dem Rationalen, Moralischen und Ästhetischen nicht mit Unbehagen an der Modernität wahrzunehmen, sondern als

kulturelle Gewaltenteilung. Im Konflikt der Lebensstile zähmen sich das Ästhetische, das Moralische und das Rationale wechselseitig, ohne je den goldenen Schnitt zu finden. Auf jeden Fall kultivieren Lebensstil und Zivilgesellschaft eher den Zweifel an der Marktgesellschaft, als daß sie deren Begünstigung durch Authentizität und Massenkultur fortsetzen.

### III.

Idealtypische Welten werden erst lebendig durch ihre empirische Inanspruchnahme. An dieser Stelle müssen einige wenige Bemerkungen genügen. Wie idealtypisch aber auch immer die Folge dieser drei Welten der Marktwirtschaft ist, der Ausstieg aus ihr ist ebenso wenig möglich wie der Durchmarsch zum idealen kultargesellschaftlichen Regime. Die Folge repräsentiert einen äußerst begrenzten, aber dafür um so härteren Reformismus. Gewiß, die soziale Frage verschwindet niemals vollständig, aber genauso wenig läßt sich der Zug bei der demokratischen Frage anhalten. Es gibt schließlich eine Kritik der Marktwirtschaft diesseits und jenseits der demokratischen Frage. Beide sind in ihren Ansätzen sehr unterschiedlich, nicht gegeneinander auszuspielen und nicht miteinander verrechenbar. Das scheint mir ein wesentliches Manko vieler Diskussionen um Demokratie, Marktwirtschaft und Kapitalismus zu sein.

Im wesentlichen leben wir wohl in der zweiten Welt der Marktwirtschaft, aber die geistigen Konflikte unserer Zeit gehen um die Backformen der dritten Welt. Ordnungspolitische Kompetenz, in dem geschichts- und machtbewußten Sinne, wie politische Liberale sie immer verstanden haben, ist der Schlüsselfaktor dieser Konflikte. Sie beruht letztlich auf der Beherrschung der Logik dieser Folge von drei Welten der Marktwirtschaft, also auf der relativen Kontrolle der Geschwindigkeit des Fortschritts, der Wahl der angemessenen politisch-geographischen Räume, in denen die Prinzipien wirksam werden können, und schließlich in der nicht-opportunistischen Anpassung der jeweiligen politisch-ideologischen Traditionen an die Optionen, Risiken und Chancen dieser Folge von Welten. Es mag unübersichtlich sein, wie die europäischen Revolutionen von 1989 diesen Prozeß beschleunigen oder verlangsamen. Es mag noch ungewisser sein, wie die zunehmenden Konflikte um die weltgesellschaftliche Geltung des europäisch-amerikanischen Modernisierungspfades den politischen Raum für den Aufbau kultargesellschaftlicher Regimes erweitern oder verengen werden. Es wird notwendig sein, radikale Marktöffnung und zugleich klassisch sozialdemokratische Industrie- und Infrastrukturpolitik, zum Beispiel in den neuen Bundesländern, zu betreiben. Man wird den Konflikt um die politische Natur kultugesellschaftlichen Regimes nicht von den Konsequenzen der nachholenden europäischen Revolutionen und den sich im Golfkrieg abzeichnenden prospektiven Nord-Süd-Konflikten abkoppeln können, dennoch gilt: Schlüsselfaktor im Inneren der europäischen Gesellschaften bleibt diese ordnungspolitische Kompetenz, die politisch und kulturell zu zentral ist, um sie allein den Ökonomen zu überlassen. Für die Sozialwissen-

schaften rächt sich nebenbei jetzt, daß sie zur offensichtlichen Schwäche der herrschenden Wirtschaftswissenschaften, sich eine reflexive Form von Ordnungspolitik vorzustellen, die über ihren eigenen Kanon hinausgeht, keine wirkungsvolle institutionalistische Alternative seit dem Aufschwung der Sozialwissenschaften in den späten 60er Jahren entwickelt hat, wie Burkart Lutz vor kurzem treffend angemerkt hat.

Vor allem ist der Zwang zur ordnungspolitischen Kompetenz natürlich eine Herausforderung für die demokratische Linke und vor allem die Sozialdemokraten. Eingeführt und unter massiven Konflikten durchgesetzt haben die kulturelle Frage die vielfältigen sozialen Bewegungen, die ökologischen, regionalistischen, alltagskulturellen und feministischen Gruppen, die kommunalen Initiativen und neuen urbanen Öffentlichkeiten, kurz: die normativ-populistischen und libertär-progressivistischen Orientierungen, die seit fast zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik das Ferment kulturellen Wandels bilden. Aber genau die Eigenschaften, die sie befähigt haben, dieses Ferment zu bilden, hindern daran, jene ordnungspolitische Kompetenz zu gewinnen, die nun strukturell wohl von niemandem anders als Sozialdemokraten ausgefüllt werden kann - wie unwahrscheinlich das auch im Augenblick aussehen mag. Diese Tatsache sich einzugestehen und die Herausforderung anzunehmen, ist für beide Seiten schwierig, es berührt die Identität der einen und die Organisationsfähigkeit der anderen. Für europäische Sozialdemokraten ist der Zwang unausweichlich, wenn sie nicht zur Demokratischen Partei Europas (wie die Demokratische Partei der Vereinigten Staaten) werden wollen, kommunal und regional mächtig, aber national und europäisch zukunftslos. Sehr viel hängt von dem politischen Willen der »Modernisierer« ab, jener Gruppe also, die sich weder auf die Verteidigung der im Kampf um die soziale Frage errungenen Besitzstände konzentrieren will, noch es bei der Rhetorik moralischer Kritik und der Organisation ohnmächtiger Angst belassen will. Hier ist die strategische Schnittstelle zwischen einer unvoreingenommenen und selbstkritischen Reflexion des Verlustes der Meinungsführerschaft in zentralen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der Gewinnung eines europäischen politischen Konzepts jenseits der nachholenden Modernisierung. Von der jetzt an die Schaltstellen der Macht gelangenden »politischen Generation« wird nicht erwartet, daß sie sich wesentlich mit sich selbst und der Vergeschichtlichung ihrer Generation beschäftigt (»right or wrong, my generation«) und auch nicht allein mit der Errichtung einer moralischen Gegenwelt, sondern mit dem Erwerb jener ordnungspolitischen Kompetenz, ohne die es kein Ende des neokonservativen Zeitalters geben wird. Worum es bei kulturgesellschaftlichen Regimes gehen mag, läßt sich am besten durch die Umkehrung einer berühmten Frage von Jürgen Habermas (»Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?«) ausdrücken, die das Problem vom Kopf auf die Füße stellt: Können rationalisierte Gesellschaften eine komplexe Distanz zu sich selbst aufbauen?

## Literatur

- Agnoli, Johannes (1987): Zwanzig Jahre danach: Die Transformation der Demokratie, in: *Prokla* 62
- Beck, Ulrich (1990): Die Industriegesellschaft schafft sich selber ab (Vortrag beim Soziologentag 1990), *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.10.1990
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt/M.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton/N.J.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht, in: H. L. Dreyfus / Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturdisens und Hermeneutik*, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1976), Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität herausbilden? in: Jürgen Habermas: *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*, Frankfurt/M.
- Hirsch, Fred (1989): *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Reinbek
- Keat, Russel / Abercrombie, Nicholas (1990): *Enterprise Culture*, London/New York
- Lash, Scott / Urry, John (1987): *The End of Organized Capitalism*, Cambridge/Oxford
- Lepenies, Wolf (1991): Wandel wie noch nie: Wissenschaft und Kultur im heutigen Europa, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Nr.1
- Perkin, Harold (1989): *The Rise of Professional Society*, London /und New York
- Rödel, Ulrich / Frankenberg, Günter / Dubiel, Helmut (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt/M.
- Scharpf, Fritz W. (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt/M.
- Schwengel, Hermann (1988): Lebensstandard, Lebensqualität und Lebensstil, in: Volker Hauff (Hrsg.): *Stadt und Lebensstil*, Frankfurt/M.; *Der kleine Leviathan*, Frankfurt/M.
- Schwengel, Hermann (1990): Das zweite Leben des Sozialismus, in: *Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, Juni
- Trilling, Lionel (1980): *Das Ende der Aufrichtigkeit*, München
- Uthmann, Jörg von (1991): *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.1.1991
- Zapf, Wolfgang (1983): Entwicklungsdilemmas und Innovationspotentiale in modernen Gesellschaften, in: Joachim Matthes (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft. Verhandlungen des 21. Soziologentages in Bamberg*, Frankfurt/M.; New York